



Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr  
80524 München

Präsidentin  
des Bayer. Landtags  
Frau Barbara Stamm, MdL  
Maximilianeum  
81627 München

Bayern.  
Die Zukunft.

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
PI/G-4254-2/2171 I,  
09.03.2017

Unser Zeichen  
IE1-1617-2-79

München  
08.05.2017

**Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Florian Ritter vom 08.03.2017  
betreffend Reichsbürger in Oberallgäu und Ausstellung Staatsangehörig-  
keitsausweis in Bayern**

Anlage:  
Tabellarische Aufstellung

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Staatsministeri-  
um der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wie folgt:

*zu Frage 1a: Wurde dieses Tagesseminar von Markus Hailer durchgeführt, der  
eine Seite „AG Mensch in Württemberg“ betreibt, wie von der Allgäuer Zeitung in  
der Ausgabe Kempten vom 4.März 2017 berichtet wird?*

Das Tagesseminar am 21.02.2016 wurde von Herrn H. mit ihm als einzigem Referen-  
ten veranstaltet. Bei der Veranstaltung waren insgesamt ca. 25 – 30 Teilneh-  
mer anwesend.

*zu Frage 1b: Wenn nein, wer war Referent / waren die Referenten des Seminars?*

Auf die Antwort zu Frage 1a wird verwiesen.

*zu Frage 1c: Welche Erkenntnisse liegen der Bayerischen Staatsregierung über Herrn Markus Hailer vor?*

Herr H. (wohnhaft in Baden-Württemberg) ist laut Impressum der Betreiber der Internetseite „AG Mensch in Württemberg“ ([www.agmiw.org](http://www.agmiw.org)) und veröffentlicht dort Material zu zahlreichen reichsbürgertypischen Themen.

Er trat ferner als „Rechtsbeistand“ eines anderen Reichsbürgers gegenüber Beamten der Kriminalpolizeiinspektion Ingolstadt auf.

Herr H. ist deshalb der Reichsbürgerszene zuzurechnen.

Darüber hinaus trat Herr H. in der Vergangenheit bereits polizeilich in Erscheinung.

*zu Frage 2: Fanden nach Erkenntnissen der Bayerischen Staatsregierung in den Jahren 2015 bis 2017 ähnliche Seminare, Tagesseminare oder Vortragsveranstaltung von und mit Herrn Hailer in Bayern statt (Bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum, bekannte Teilnehmerzahl, Veranstalter)?*

Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord hielt Herr H. am 28.08.2016 in Ingolstadt eine Veranstaltung zum Thema „Gründung Freie Reichsgemeinde Zuchering“ mit 10 – 15 Teilnehmern ab.

Darüber hinaus wurden auf der Internetseite [www.agmiw.org](http://www.agmiw.org) Tagesseminare mit eindeutigem Themenbezug zur Reichsbürgerszene für den 07.02.2016 in 87448 Betzigau bzw. 87435 Kempten und für den 24.07.2016 in Ingolstadt angekündigt. Über die tatsächliche Durchführung der Tagesseminare liegen keine Erkenntnisse vor.

*zu Frage 3: Ist der Bayerischen Staatsregierung bekannt, wer neben Herrn Hailer / den/m Referenten zu 1b in die Organisation, insbesondere die Anmietung und Bewerbung der Veranstaltung involviert war und sind diese Personen der Reichsbürger-Szene oder einer sonstigen verfassungsfeindlichen Szene zuzuordnen oder in der Vergangenheit durch rassistisches, menschenfeindliches oder antisemitisches Gedankengut aufgefallen?*

Nach den bisherigen kriminalpolizeilichen Ermittlungen wurde das unter Frage 1a genannte Tagesseminar von mehreren der Polizei namentlich nicht bekannten Gemeinderatsmitgliedern organisiert. Dementsprechend können keine validen Aussagen zu der Zugehörigkeit zur sog. „Reichsbürger-/Selbstverwalter-Szene“ oder einer sonstigen verfassungsfeindlichen Szene getroffen werden.

*zu Frage 4a: Wann erlangte die Bayerische Staatsregierung Kenntnis von der überdurchschnittlich häufigen Beantragung des Staatsangehörigkeitsausweises („Gelber Schein“) im Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten?*

Das örtlich zuständige Polizeipräsidium Schwaben Süd/West erlangte durch einen Zeitungsartikel vom 22.02.2017 in der Allgäuer Zeitung Kenntnis über die zahlreiche Beantragung des Staatsangehörigkeitsausweises im Landkreis Oberallgäu und in der Stadt Kempten. Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wurde mit Schreiben vom 24.02.2017 informiert.

*zu Frage 4b: Wie viele Antragssteller aus dem Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten gingen in die Gesamtzahl von 1.700 Reichsbürgern im Freistaat ein, wie viele in die Zahl der 1.600 Verdachtsfälle?*

Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West gehören zu den ca. 1.700 identifizierten „Reichsbürgern“ (Stand: Februar 2017) 14 Antragsteller aus dem Landkreis Oberallgäu. Den Prüffällen sind weitere 35 Antragsteller aus dem Landkreis Oberallgäu und 22 Antragsteller aus der Stadt Kempten zuzurechnen.

*zu Frage 4c: Wie viele Angehörige des Öffentlichen Dienstes aus dem Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten gehören zum Kreis der Antragsteller?*

Seit Beginn des Jahres 2015 bis März 2017 haben insgesamt vier Angehörige des öffentlichen Dienstes (Beamte bzw. Beschäftigte der im Landkreis Oberallgäu gelegenen kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, der Stadt Kempten sowie des Landkreises Oberallgäu) einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragt. Darunter ist auch die derzeit amtierende ehrenamtliche erste Bürgermeisterin der Gemeinde Bolsterlang. Von den übrigen drei Angehörigen des öffentlichen Dienstes ist eine Beschäftigte mit Ablauf des 31.12.2016 wegen Renteneintritts bereits aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass es sich bei Gemeinderats- bzw. Stadtratsmitgliedern und Kreisräten nicht um Angehörige des öffentlichen Dienstes handelt.

*zu Frage 5a: Welchen Dienstweg nahm die Warnung des Beamten Daniel Bader, wurde der Vorfall in Bayerischen Sicherheitskreisen besprochen und mit welchem Ergebnis?*

Der Beamte nahm als Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Bolsterlang an dem anfragegegenständlichen Tagesseminar teil. Nach dieser Veranstaltung informierte er seinen unmittelbaren Vorgesetzten über seine Teilnahme und distanzierte sich klar von den dort verbreiteten Inhalten.

Die Mitteilung an den Vorgesetzten erfolgte im Hinblick auf seine Dienstpflichten als Beamter und hatte damit ausschließlich dienstrechtlichen Bezug.

*zu Frage 5b: Wie wurde mit weiteren Meldungen zu dem Seminar an bayerischen Behörden verfahren?*

Die bayerischen Sicherheitsbehörden haben keine Erkenntnisse über Meldungen zu dem fraglichen Seminar.

*zu Frage 6: Wie viele Auftritte von Referenten der „Reichsbürger“-Ideologie sind der Bayerischen Staatsregierung seit Aufnahme der „Reichsbürger“-Szene als Sammelbeobachtungsobjekt bekannt (Bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum, Referent, Einordnung als Rechtsextremist ja/nein, geschätzte Teilnehmerzahl)?*

Die Staatsregierung hat neben dem o. g. Tagesseminar gesicherte Erkenntnisse über folgende Veranstaltungen:

<b>Ort</b>	<b>Datum</b>	<b>Referent</b>	<b>Rechtsextremist</b>	<b>Teilnehmerzahl</b>
Regensburg	11.03.2017	Herr F.	nein	0*
Freising	14.02.2017	Frau S.	nein	ca. 25 - 30
Nandlstadt	04.02.2017	Herr R.	ja	unbekannt
Freising	31.01.2017	Frau S.	nein	ca. 25 - 30
Erharting	22.11.2016	Herr R.	nein	ca. 60

Ramerberg	04.11.2016	Herr R.	nein	ca. 50
-----------	------------	---------	------	--------

- \* Durch das PP OPF wurde am 11.03.2017 ein Einsatz am Veranstaltungsort durchgeführt. Seminarteilnehmer konnten nicht festgestellt werden.

*zu Frage 7: Wie viele Staatsangehörigkeitsausweise im Verhältnis zur Einwohnerzahl wurden in den Jahren 2015, 2016 in Bayern beantragt? (Bitte Aufschlüsseln nach Landkreis / kreisfreie Stadt, Verhältnis zur Einwohnerzahl, Steigerungsrate im Verhältnis zum Vorjahr)*

Die Zahl der Anträge auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises wird statistisch durch die dafür zuständigen Behörden bayernweit nicht erfasst. Im Hinblick auf den damit verbundenen Verwaltungsaufwand wurde davon abgesehen, alle zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörden bayernweit zu bitten, auf Basis einer Durchsicht aller Vorgänge aus den genannten Jahren, die Zahl der Anträge auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises zu erheben.

Für das Landratsamt Oberallgäu und die Stadt Kempten wurden aus Anlass der Anfrage folgende Zahlen erhoben:

Stadt Kempten (Allgäu)	Beantragte Staatsangehörigkeitsausweise
2015	13
2016	22
Landratsamt Oberallgäu	Beantragte Staatsangehörigkeitsausweise
2015	41
2016	104

Die in der Anlage aufgeschlüsselten Zahlen beruhen daher überwiegend auf einer Abfrage der Präsidien der Bayerischen Polizei über dort vorliegende Antragstellungen, welche der Polizei von den Kommunen im Rahmen einer Verdachtsmeldung hinsichtlich „Reichsbürger-Bezug“ mitgeteilt wurden. Vereinzelt wurden im Zuge dieser Abfrage von den Polizeipräsidien Kommunen gebeten, die Zahl der Antragsstellungen mitzuteilen. Ergänzend ist anzumerken, dass zum einen noch nicht alle eingegangenen Reichsbürgerverdachtsmeldungen durch die Polizeipräsidien abgearbeitet werden konnten (sog. Prüffälle) und zum anderen nach wie vor

Verdachtsmeldungen der Kommunen, auch aus dem Jahr 2016, an die Zentralstellen bei den Polizeipräsidien verschickt werden.

Laut Auskunft des Bayerischen Landesamtes für Statistik liegen die Einwohnerzahlen für das Jahr 2016 bayernweit derzeit noch nicht vor. Aus diesem Grund wurden zur Beantwortung der Anfrage jeweils die Einwohnerzahlen für das Jahr 2015 zugrunde gelegt, sofern nicht für einzelne Kommunen die Zahlen den örtlichen Polizeidienststellen bereits vorliegen.

Bei einigen Städten bzw. Landkreisen erfolgte bei Meldung über die Antragstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises an die Polizei keine Übermittlung des Antragsdatums. Für eine Zuordnung zum Jahr 2015 oder zum Jahr 2016 wäre eine händische Auswertung der bei den jeweiligen Kommunen vorliegenden Akten erforderlich, was in der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit mit verhältnismäßigem Aufwand nicht realisiert werden konnte.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit erfolgt die gewünschte Aufschlüsselung unter dem jeweiligen Regierungsbezirk (vgl. Anlage).

*zu Frage 8: Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung im Landkreis Oberallgäu, um den auf dem Seminar verbreiteten Fehlinformationen aus „Reichsbürger“-Kreisen entgegenzuwirken?*

Bei der Abarbeitung der Prüffälle zu sog. Reichsbürger-Meldungen spricht die Polizei fallangemessen betroffene Personen an und weist auf Informationsmaterial oder Hilfsangebote hin. Im Übrigen werden allgemein im Rahmen der Präventionsarbeit Kontakte zur Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) vermittelt.

Die BIGE steht bereits in Kontakt mit dem Landratsamt Oberallgäu und hat angeboten, Informationsveranstaltungen für Behörden, Mitarbeiter und kommunale Entscheidungsträger zum Umgang mit Reichsbürgern durchzuführen.

Die BIGE bietet ähnliche Veranstaltungen bereits seit 2014 für Gerichtsvollzieher an und hat ihr Schulungsangebot mit der Einstufung der Reichsbürgerbewegung

in Bayern als Sammelbeobachtungsobjekt auf die Polizei und die allgemeine Verwaltung ausgeweitet.

Darüber hinaus informiert die Internetseite [www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de](http://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de) über die sog. Reichsbürger-/Selbstverwalter-Szene.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Eck  
Staatssekretär